Downloaded from Blogs on 29.11.2026 18:57h

By PwC Deutschland | 29. September 2026

Update: Spritpreis-Entlastungspaket von Bund und Ländern

Der Bund will die Energiesteuer auf Benzin und Diesel bis Ende 2026 um 14 Cent pro Liter senken. Inklusive Umsatzsteuer soll sich die Steuerentlastung für Kraftstoffe so auf ca. 17 Cent pro Liter summieren und bis zum 1. Oktober 2026 umgesetzt werden.

Downloaded from Blogs on 29.11.2026 18:57h

Weiterhin will die Bundesregierung Gespräche mit der Mineralölwirtschaft führen, mit dem Ziel, spätestens zum 1. Januar 2027 einen vorübergehenden Spritpreisdeckel nach dem Vorbild Luxemburgs oder Belgiens einzuführen.

Zu dem Spritpreis-Entlastungspaket gibt es auf der Homepage der Bundesregierung einen Fragen-Antwort-Katalog, der zu folgenden Fragen Stellung nimmt:

- Wie wirkt der neue Tankrabatt an der Zapfsäule?
- Wirkt sich die Energiesteuersenkung auf die Kraftstoffpreise aus?
- Was bedeutet die neue Spritpreis-Regelung an Tankstellen?
- Wie wird die 12-Uhr-Regel kontrolliert?
- Wird gegen missbräuchliche Preiserhöhungen stärker vorgegangen?
- Welche weiteren Entlastungen sind geplant?

Den vollständigen Fragen-Antwort-Katalog finden Sie **hier**.

Update (29. September 2026)

Die Koalitionsfraktionen des Deutschen Bundestages hatten die Regelungen zur befristeten Absenkung der Energiesteuersätze für Kraftstoffe (sog. „Tankrabatt“) im Wege eines Änderungsantrags in den Gesetzentwurf zum Versicherungs-Sanierungs-Abwicklungs- und -Aufsichtsänderungsgesetz (VSAAG) eingebracht. Am 25. September 2026 hat der Bundestag das VSAAG in 2./3. Lesung beschlossen; der Bundesrat hat am selben Tag auf die Einberufung des Vermittlungsausschusses verzichtet. Für das planmäßige Inkrafttreten der Steuersenkung zum 1. Oktober 2026 stehen nunmehr noch die Gegenzeichnung der Bundesregierung, die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten sowie die anschließende Verkündung im Bundesgesetzblatt aus.

Fundstelle

Bundesregierung online, Meldungen vom 18. und 19. September 2026

Schlagwörter

Energiesteuerrecht, Gesetzgebung